

Zeitschrift: Emanzipation : feministische Zeitschrift für kritische Frauen
Herausgeber: Emanzipation
Band: 19 (1993)
Heft: 5

Artikel: Kinder? Küche? Karriere? Profil bernischer Politikerinnen
Autor: Wenger, Susanne
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-361466>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 20.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

KINDER? KÜCHE? KARRIERE?

PROFIL BERNISCHER

POLITIKERINNEN

Frühling erweist sich zunehmend als Kennwort politischer Frauenaktivitäten: Im Frühling (1993) fand im bernischen Spiez eine Impulstagung "Frauen in der Öffentlichkeit" statt. Und den Frühling (1994) hatten die Organisatorinnen im Auge, genauer die Wahlen in die kantonbernische Legislative, den Grossrat. Vorgestellt wurde dabei auch eine aufschlussreiche Studie über die Situation der Frauen in der bernischen Politik.

VON SUSANNE WENGER

Rund hundert Politikerinnen und Vertreterinnen von Frauenorganisationen trafen sich, um über Frauen in der Politik im allgemeinen und die Erhöhung des Frauenanteils im Berner Grossrat im besonderen zu diskutieren. Die Tagung einberufen hatten zwei Frauen, die an der politischen Front arbeiten: Eva Maria Zbinden, Grossratspräsidentin des Kantons Bern, und Marie-Louise Barben, Leiterin der Kantonalen Stelle für die Gleichstellung von Frauen und Männern. Von besonderem Interesse erwies sich während der Tagung eine Studie, die die kantonbernische Gleichstellungsstelle bei der Zürcher Soziologin Luzia Kurmann in Auftrag gegeben hatte: Die Studie fragt - unter dem trockenen Titel "Zur Situation der Frauen in der bernischen Politik" - nach dem Profil von kommunalen und kantonalen Berner Politikerinnen in bezug auf Alter, Bildung, Familie/Erwerbstätigkeit. Die Resultate dieser Studie sind aufschlussreich und bestätigen zum Teil Bekanntes sowie Vermutetes. Sie sollen im folgenden erläutert werden:

Bildung/Beruf: Politikerinnen auf kommunaler Ebene besitzen deutlich weniger Hochschulabschlüsse als ihre Kollegen. Politikerinnen auf kantonaler Ebene jedoch weisen im Verhältnis zur weiblichen Bevölkerung und zu den Mandatsträgerinnen in den Gemeinden einen markant höheren Bildungsstand auf. In der Bildungskategorie der HochschulabsolventInnen sind sie gegenüber ihren Kollegen sogar im Vorteil. Die Autorin der Studie zieht daraus zwei Schlüsse: Offenbar stelle ein kommunales Mandat für die - gesamtgesellschaftlich in mittleren und oberen Bildungsstufen unterprivilegierten - Frauen eine gewisse Chance dar. Weil es weniger standardisierte Vorbildung voraussetze, sei es für Frauen ein Betätigungsfeld, in dem ihre Fähigkeiten und ihre Lebenserfahrung in vielen Fällen besser zum Tragen komme als im Beruf. Auf kantonaler Ebene dagegen, so Luzia Kurmann, müssten die Frauen offenbar im Vergleich zu den Männern und zu ihren Geschlechtsgenossinnen einen überdurchschnittlich grossen Bildungsaufwand nachweisen, um einen Sitz zu erhalten. Auf kantonaler wie auf kommunaler Ebene üben die meisten Politikerinnen parallel zu ihrem Mandat einen teil- oder ganzzeitlichen Beruf aus. Dieser Befund bestätigt, dass zwischen politischer Karriere und Erwerbstätigkeit enge Verbindungen bestehen - was aufgrund der gesellschaftlichen Arbeitsteilung Männern das Politikmachen erleichtert, Frauen aber erschwert.

Familie: Auf kantonaler Ebene hat die Mehrheit der Politikerinnen grössere Kinder, die keiner intensiven Betreuung mehr bedürfen. Unter den Grossrätinnen befinden sich jedoch auch Mütter von kleinen Kindern. Die Zugehörigkeit zu höheren Bildungs- und Einkommenschichten hat offenbar zur Aufnahme oder Beibehaltung einer politischen Aktivität trotz Mutterschaft beigetragen. Denn: Das Bild in den kommunalen Exekutiven sieht ganz anders aus. Die überwiegende Zahl der

Gemeinderätinnen ist kinderlos! Ihre Gemeinderatskollegen dagegen können sich zu über 90% auf Wahlprospekten als strahlende Familienväter präsentieren. Zumindest formal, denn, so die Zürcher Soziologin, der Faktor Kinder hat bei Frauen und Männern im Hinblick auf aktive politische Betätigung verschiedene Auswirkungen. Die Geburt eines Kindes hat bei Vätern keine Konsequenzen für den Verlauf der politischen Karriere, da sie sich nach traditionellem Muster nur wenig oder überhaupt nicht um die Erziehung und Betreuung des Nachwuchses kümmern müssen - im Gegensatz zu den Müttern.

DIE TYPISCHE FRAUENBIOGRAPHIE ALS HINDERNIS

Eine Bedingung für die Wahl in ein kommunales Exekutivamt ist zweifellos die lokale Verwurzelung, beispielsweise die Dauer der Ansässigkeit. Die Studie zeigt, dass sich auch hier Elemente typischer Frauenbiographien als Hindernisse erweisen können. Etwa die Tatsache, dass (Ehe-)Frauen sich vielfach nach den Wohnortsbedürfnissen ihrer Partner richten. Auffällig ist zudem, dass mehr männliche als weibliche NeuzuzügerInnen in Gemeinderäten sitzen. Männer werden durch ihre verstärkt ausserhäusliche Orientierung nach relativ kurzer Zeit in die Gemeinde integriert und sind schneller als Frauen in der Lage, ein Mandat zu übernehmen. Geschlechtsspezifische Arbeitsteilung in der Politik: Frauen stehen (kanton wie kommunal) vorwiegend den Ressorts Kultur, Bildung, Soziales, Männer indes den Finanzen, dem Bau, der Planung vor. Darin widerspiegelt sich die geschlechtsspezifische, traditionellen Rollenvorstellungen entsprechende Arbeitsteilung in Familie/Haushalt wie im Erwerbsleben. Zum einen sind Frauen wohl von sich aus bereit, sich auch in der Politik Aufgabenbereichen zuzuwen-

HISTORIKERINNEN TAGTEN IN BASEL

den, die ihnen von Haushalt und Beruf her bekannt sind. Andererseits werden Frauen von aussen her, durch ein soziale Vorurteile und politischen Druck, in der Zuweisung der Ressorts auf ihre weibliche Rolle festgelegt. Unterstützt wird diese Argumentation dadurch, dass die befragten Politikerinnen selbst eindeutig den "männlichen" Ressorts mehr Bedeutung und Prestige attestieren.

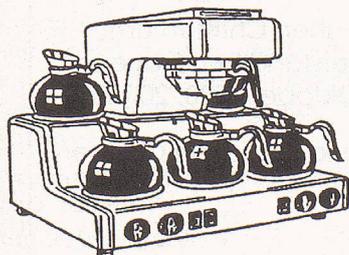
Politisierung: Das Interesse für Politik wird mehrheitlich in der Familie geweckt. Für Frauen erweist sich die Existenz gleichgeschlechtlicher Vorbilder (insbesondere die politisch interessierte, aktive Mutter, aber auch Schwestern) begünstigend.

Diese soziologische Kleinarbeit ist nötig, auch wenn sie sich etwas trocken liest. Wenn die Gleichstellung der Frauen in der Politik aus der Phase der verbalen Bekräftigung endlich in die Phase der Realisierung treten soll, müssen wir wissen, wo im einzelnen ihre gesellschaftlichen Hindernisse liegen.

Studie "Zur Situation der Frauen in der bernischen Politik". Verfasst von der Zürcher Soziologin Luzia Kurmann im Auftrag der Kantonalen Stelle für die Gleichstellung von Frauen und Männern (BE), wo eine Kurzfassung bestellt werden kann (Tel. 031/69 42 44).

INSERATE

Du bist selbständig erwerbend oder willst es werden. Wir, die Bureau-GEM, vermieten einen **schönen, grossen Raum (24m² - auch für 1-3 Personen)** mit Einbauküche, Schrankwand & komplette Infrastruktur & v.a.



eine **anregende Atmosphäre**.
Infos: Katharina Steffen, in ZH
(01/291 34 18) & (01/291 36 46)

Bereits zum siebten Mal fand die Schweizerische Historikerinnentagung statt, dieses Jahr in Basel unter dem Titel "Orte der Geschlechtergeschichte". Organisiert wurde sie von elf Basler Geschichtsstudentinnen.

Die Tagung hat zum Ziel, den wissenschaftlichen Austausch unter Historikerinnen anzuregen und neue Arbeiten einer breiteren Öffentlichkeit vorzustellen. Mehr als zwanzig Referentinnen stellten die neusten Ergebnisse ihrer Forschungen auf dem Gebiet der Frauen- und Geschlechtergeschichte vor. Die Workshops waren von unterschiedlicher Qualität; die Experimentierfreudigkeit, andere Formen als Referate mit anschliessender Diskussion zu bieten, hielt sich in Grenzen. Das Interesse an der Tagung war gross, ist doch Geschichte ein Feld der feministischen Wissenschaft, das einerseits schon eine langjährige Tradition hat und andererseits bei breiten, auch nicht akademischen Kreisen auf Interesse bei vornehmlich weiblichem Publikum stösst. Wie immer bei solchen Anlässen sind die Pausen genauso wichtig wie die Workshops. Dabei können Kontakte geknüpft, Informationen ausgetauscht und Anregungen vermittelt werden. In diesem Sinne war die Tagung eine Gelegenheit, sich an der Uni wohl zu fühlen und daran zu glauben, dass gesellschaftliche Veränderungen nicht nur Utopie sein müssen. Und die Uni Basel wurde immerhin für zwei Tage ein "Ort der Geschlechtergeschichte". Ein Ort des Geschlechterkampfes ist sie ohnehin, seit ihrem Bestehen. Die Bemühungen um eine Verbesserung der Situation der Frauen an der Uni Basel scheinen momentan im Krisensand zu verlaufen, und auch der zeitlich begrenzte Lehrstuhl für Geschlechtergeschichte steht auf unsicheren Beinen.

Barbara Rettenmund

Ende Jahr wird im Chronosverlag eine Publikation zur Tagung erscheinen.

DEUTSCHSPRACHIGE LESBENFORSCHUNG

"SAPPHO", der Verein zur Förderung von Frauenforschungsprojekten, veranstaltete im April 1993 das 2. Symposium zur deutschsprachigen Lesbenforschung in Boldern/Männedorf.

Die Fachtagung trug Aspekte lesbischen Lebens aus allen wissenschaftlichen Teildisziplinen zusammen. Das Angebot an Themen in den Seminarien war breit gestreut und reichte von DDR-Lesben in Grossdeutschland über Aids-Diskussion und Lesbische Sexuali-

tät bis Psychoanalyse und "weibliche Homosexualität". Den Wissenschaftlerinnen wurde Gelegenheit geboten zum Austausch und Vernetzung ihrer Forschungsarbeiten. Die Spannweite lesbischer Forschung sollte sichtbar gemacht werden. Auch für die Fachfrauen selbst war die Tagung ein Weg aus der Isolation. Es gibt zwar einige Frauen, die ihre Dissertationen oder Lic.-Arbeiten über lesbisches Leben schreiben, doch Lehraufträge für Lesbenforschung gibt es nicht.

Das nächste Projekt von Sappho wird eine Dokumentation mit Referaten des 2. Symposiums deutschsprachiger Lesbenforschung sein.

cs

Weitere Infos bei: Sappho - Verein zur Förderung von Frauenforschungsprojekten, Postfach 384, 3000 Bern 14

SCHEIDUNGSRECHTSREVISION

Die Eidgenössische Kommission für Frauenfragen hat eine ausführliche Stellungnahme zur Scheidungsrechtsrevision veröffentlicht. Der Entwurf zu dieser äusserst wichtigen Gesetzesrevision wurde im letzten Jahr in die Vernehmlassung geschickt. Die Kommission begrüsst die einverständliche Scheidung, das Abrücken vom Verschuldensprinzip und die hälftige Teilung der während der Ehe geäußerten Anwartschaften der zweiten Säule. Sie kritisiert jedoch:

"Konsequente Gleichstellung bedeutet, dass die Folgelasten einer Scheidung nicht einseitig einer Partei aufgebürdet werden. In dieser Hinsicht befriedigt der Vorentwurf nicht. So wird beispielsweise bei der Regelung der nachehelichen Unterhaltsansprüche der Umfang und die Dauer der noch zu leistenden Betreuungsarbeit, die realen Erwerbsaussichten, der Aufwand eines Wiedereinstiegs und die Mehrfachbelastung desjenigen Elternteils, der die Kinder betreut und nach der Scheidung noch einer Erwerbstätigkeit nachgehen muss, zu wenig berücksichtigt. Auch die im Vorentwurf genannten Voraussetzungen bei der Kinderzuteilung und der gemeinsamen elterlichen Gewalt sind unzureichend. Insbesondere wird das Kriterium, wer während der Ehe die vorrangige oder überwiegende Betreuung der Kinder übernommen hat, zu wenig gewichtet." (aus dem Vorwort).

Die ausführliche Stellungnahme kann im "F", dem Publikationsorgan der Eidg. Kommission für Frauenfragen, nachgelesen werden (Nr. 1/93)